

Drohendes Wahldebakel für den Chavismus

VENEZUELA BLICKT IN UNGEWISSE ZUKUNFT

Wenige Wochen vor den Parlamentswahlen herrscht in Venezuela Wechselstimmung. Die chavistische Regierung hat es durch Inkompetenz, Verschwendungssucht und Korruption sowie wegen eines zum Scheitern verurteilten sozialistischen Modells vollbracht, ein Land mit großem Potential in den wirtschaftlichen Ruin zu treiben. Trotz eines hohen Vorsprungs in Meinungsumfragen ist der Sieg der Opposition keineswegs gewiss, da die Regierungspartei PSUV (Vereinte Sozialistische Partei Venezuelas) mit unlauteren Tricks und einem ungerechten Wahlsystem ihre Niederlage zu verhindern versucht. Während verschiedene politische Beobachter einen Wahlbetrug erwarten, droht Präsident Maduro offen mit einem „Chaos“, sollte seine Regierungspartei nicht die Wahlen gewinnen.

„Putrefacción total“ – die „totale Verrottung“: angesprochen auf die moralische Charakterisierung der venezolanischen Regierung fand der Literaturnobelpreisträger Mario Vargas-Llosa heftige Worte. „Die Bosse in der venezolanischen Regierung sind Mafia-Bosse. Die Militärs sind alle durch das Mafiageschäft gekauft,“ urteilte der Peruaner und warnte wie bereits etliche Analysten zuvor: „Maduro kann die Wahlen nur durch eine monströse Fälschung gewinnen.“ Vor dem Hintergrund der politischen Entwicklungen in Venezuela kritisierte Vargas Llosa den „fehlenden Mut“ und die „Neutralität“ der übrigen lateinamerikanischen Regierun-

gen, „aufkommende Diktaturen“ zu denunzieren.

Mit seiner Meinung steht Vargas Llosa bei weitem nicht alleine da. Es gibt allerhand Indizien für eine anti-demokratische Gesinnung der venezolanischen Regierung, die anscheinend nervöser und somit repressiver reagiert, je stärker ihre Macht in Gefahr zu sein scheint. Um eine drohende Niederlage bei den kommenden Parlamentswahlen am 6. Dezember abzuwenden, greift die Regierung zu allerlei unlauteren, plumpen, aber auch kreativen Mitteln.

Staatsanwalt gibt Unschuld des verurteilten Oppositionspolitikers López zu

Die direkteste Art, sich unliebsamer Gegner zu entledigen, ist die juristische Kaltstellung. Einer Reihe von Oppositionspolitikern wurde das passive Wahlrecht per Gerichtsurteil oder Entscheidung der Nationalen Wahlkommission (CNE) vorenthalten. Weltweit am bekanntesten ist der Fall des Oppositionspolitikers Leopoldo López, der zu Beginn des Jahres 2014 zu friedlichen Demonstrationen gegen die Regierung aufrief, die schließlich gewaltsam eskalierten. Am 15. Februar 2014 wurde er von den Behörden wegen des Verdachts auf Volksverhetzung, Aufruf zu Gewalt und Bildung einer kriminellen Vereinigung festgenommen und vom Parlamentspräsidenten Diosdado Cabello persönlich ins Militärgefängnis geleitet.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VENEZUELA

1. Dezember 2015

www.kas.de/venezuela

Allein die Tatsache, dass der Präsident des höchsten Legislativorgans des Landes Staatsfeinde mitverhaftet, zeugt von fehlender Gewaltenteilung, die sich im Laufe des Gerichtsverfahrens bestätigen sollte.

López wurde nach etwa anderthalb Jahren Untersuchungshaft zu knapp 14 Jahren Haft verurteilt, obwohl im Laufe des Prozesses nie bewiesen werden konnte, dass er jemals zu Gewalt aufgerufen hat. Selbst eine herbeigerufene Linguistin im Zeugenstand konnte dies nicht bestätigen. Während hunderte von Zeugen der Staatsanwaltschaft gehört wurden, ließ man nur wenige Zeugen der Verteidigung zu. Internationale Beobachter, etwa von den Botschaften, wurden im Laufe des Verfahrens ausgeschlossen. Es gab zahlreiche Aufrufe von Menschenrechtsorganisationen, internationalen Institutionen, Politikern und Prominenten aus der ganzen Welt, man möge Leopoldo López doch frei lassen. Stattdessen sorgte das Regime dafür, ihn für lange Zeit in dunkler Isolationshaft wegzusperren.

Zweifelsohne handelte es sich bei dem Verfahren um eine Farce. López wurde letztlich verurteilt, da er erstens Massen mobilisieren kann und zweitens, um andere Oppositionspolitiker abzuschrecken. Nur wenige Wochen nach Prozessende floh der zuständige Staatsanwalt Franklin Nieves über Aruba in die USA, wo er politisches Asyl beantragte. In einem CNN-Interview bestätigte er die Unschuld des Oppositionspolitikers und bat ihn um Verzeihung. Man habe ihn unter Druck gesetzt und er fürchtete um Leib und Leben, auch um die Unversehrtheit seiner Familie. Seine Begründung ist plausibel und für wenige überraschend. Laut Aussagen eines Prozessbeteiligten sollen die Richter des zuständigen Gerichts hinter vorgehaltener Hand zugegeben haben, dass sie von der Regierung angewiesen wurden, Urteile entsprechend zu fällen. Neben López gibt es eine Reihe weiterer Oppositionspolitiker, die verurteilt wurden oder denen eine Verurtei-

lung droht. Dazu zählen etwa der Bürgermeister der Metropolregion Caracas, Antonio Ledezma, der unter Hausarrest steht oder auch die Oppositionspolitiker María Corina Machado und Julio Borges, gegen die ein Verfahren läuft bzw. ermittelt wird.

Das Schema ist immer das gleiche: sobald ein Oppositionspolitiker gegenüber der Regierung zu sehr verbal in die Offensive geht und zudem Erfolg bei den Massen hat oder haben könnte, droht eine Klage mit anschließendem Verfahren durch ein Gericht, dessen Unabhängigkeit wohl nicht gegeben sein dürfte.

Schüsse auf Henrique Capriles

Die politische Verfolgung und Einschüchterung findet jedoch nicht nur im Gericht, sondern auch auf der Straße statt. Bei der Urteilsverkündung im Fall Leopoldo López demonstrierten seine Anhänger friedlich und verfassungsgemäß vor dem Gerichtsgebäude, ehe sie von einem organisierten Mob mit Gewalt vertrieben wurden. Auch ein Wahlkreis kandidat in einem Stadtteil im Westen von Caracas wurde bei einem Rundgang durchs Viertel von einer chavistischen Gruppe blutig geschlagen. Der gezielte Einsatz von Gewalt bleibt ein Mittel, um Oppositionelle einzuschüchtern und zu vertreiben. Jüngstes Opfer war der ehemalige Präsidentschaftskandidat und Gouverneur von Miranda, Henrique Capriles Radonski. In der Kleinstadt Yare, unweit der Hauptstadt Caracas gelegen, wurde in seine Richtung scharf geschossen, als er der Stadt in seiner Funktion als Gouverneur einen Besuch abstatten wollte.

Ein steiniger Weg zu den Wahlen

Das aktuelle Stimmungsbild ist für die Regierungspartei alles andere als positiv. Alle wichtigen Meinungsforschungsinstitute sehen einen Wahlsieg des Oppositionsbündnisses „Mesa de Unidad Democrática“ (MUD) voraus. Der ermittelte Vorsprung

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VENEZUELA

1. Dezember 2015

www.kas.de/venezuela

schwankt, liegt laut Demoskopien aber meist zwischen 20 und 35 Prozent. Es ist daher nicht verwunderlich, dass das Regime neben dem repressiven Vorgehen gegenüber Oppositionellen auch zu anderen Mitteln greift, vor allem zu Ablenkungs- und Manipulationsmanövern. Außerdem nutzt die Regierung staatliche Ressourcen für parteipolitische Zwecke.

Großen Unmut hat die starke Verzögerung der Bekanntgabe des Wahldatums verursacht. Die Nationale Wahlkommission, dessen fünfköpfiges Führungsgremium mehrheitlich regierungstreu ist, hat noch nie in der Geschichte des Landes so lange gewartet, um das Datum der Wahlen bekanntzugeben. Da Abstimmungsprozesse innerhalb des Oppositionsbündnisses und daher auch die Vorbereitungsprozesse auf die Wahlen länger dauern, spielte das Hinauszögern des Wahldatums der Regierungspartei in die Hände.

In der Opposition führte die lange Ungewissheit wegen des Wahldatums zu der internen Diskussion, wie darauf zu reagieren sei. Der inhaftierte Oppositionsführer López führte aus Protest einen Hungerstreik durch, dem sich andere politische Gefangene und auch Studenten anschlossen. Nicht abgestimmt mit der MUD-Führung rief López zu Massendemonstrationen auf. Verärgert über den Alleingang, doch in der Sache übereinstimmend, nahm der gesamte MUD an den Demonstrationen teil. Allerdings offenbarte der Vorgang die Fragilität innerhalb des Oppositionsbündnisses, die die Regierung geschickt durch derlei Aktionen zu vertiefen versucht.

Eine offene Bruchlinie innerhalb der Opposition besteht nicht, da sich alle wichtigen Führungsfiguren darin einig sind, dass ein politischer Wechsel mit vereinter Stärke am wahrscheinlichsten eingeleitet werden kann. Dennoch bestehen zwei unterschiedliche Auffassungen über die einzuschlagende Strategie. Während Politiker wie Leopoldo

López, María Corina Machado und Antonio Ledezma Demonstrationen als legitimes Mittel betrachten, halten Oppositionspolitiker wie Henrique Capriles oder der Parteivorsitzende der sozialdemokratischen Partei Acción Democrática (AD), Henri Ramos Allup, einen moderaten Kurs mit einem Wechsel über Wahlen für zielführend. Die Gruppe um López mag zwar konfrontativer und direkter im Diskurs zu sein, jedoch nutzt sie den verfassungsgemäßen Spielraum. Sie aber als „radikal“ oder „rechtsextrem“ zu bezeichnen, trifft nicht zu, sondern dürfte eher das Ergebnis erfolgreicher Propaganda der Regierung sein.

Geschlechterquote wird instrumentalisiert

Ein weitere Herausforderung für den MUD war die neu eingeführte „Geschlechterquote,“ nach der ein Geschlecht mit mindestens 40 Prozent der Kandidaten und Stellvertreter einer Partei bzw. Parteienbündnisses repräsentiert sein muss. Grundsätzlich spricht nichts gegen die Regelung, allerdings wurde die Quote eingeführt, nachdem das Oppositionsbündnis in einem komplizierten Verfahren einen Kompromiss für die Aufteilung der Kandidatenplätze zu den Parlamentswahlen unter den Oppositionsparteien gefunden hatte. Da es mehr männliche Kandidaten gab, mussten Änderungen vorgenommen werden, wodurch einige geeignete, in ihrem Wahlkreis gut vernetzte Kandidaten nicht zum Zug kamen, Unruhe in das Bündnis gebracht wurde und erneut Kompromisse gesucht werden mussten. Die PSUV konnte sich hingegen zuvor bereits sicher sein, dass sie die Quote erfüllte.

Zwietracht in der Opposition kommt der Regierung gelegen, weshalb es keineswegs abwegig ist, dass die Frauenquote vor allem aus politischem Kalkül und nicht aus Gründen der Verbesserung der Gleichberechtigung vorgenommen wurde. Zudem hat die Nationale Wahlkommission die Quotenregel weniger als sechs Monate vor der Wahl ein-

VENEZUELA

1. Dezember 2015

www.kas.de/venezuela

geführt, was nicht verfassungsgemäß und somit nicht rechtens ist.

Es ist nur schwer vorstellbar, dass es der Regierung ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt in den Sinn kommt, die politische Teilhabe von Frauen zu stärken. Bereits bei der Einführung der sozialistischen Kommunen wurde der Grund vorgeschoben, eine verbesserte Repräsentation und Partizipation des Volkes an politischen Prozessen zu ermöglichen, obwohl damit unweigerlich eine Schwächung der demokratisch legitimierte Gemeinderäte einherging, während es de facto nur regierungsnahen Gruppen gestattet wird, eine Kommune zu gründen. Die Zerstörung der politischen Institution der Gemeinde nimmt die Regierung dabei ohne weiteres in Kauf.

Wurde COPEI durch die Regierung vereinnahmt?

Viele Maßnahmen und Neuregelungen dienen also weniger der Stärkung der Demokratie, sondern zielen auf mehr Kontrolle und der Schwächung der oppositionellen Gruppierungen ab. Der Fall der Oppositionspartei COPEI warf diesbzgl. viele Fragen auf. 27 der 167 Abgeordneten kandidaten des MUD sollte COPEI stellen. Allerdings zeigte eine parteiinterne Gruppe den Vorsitzenden Roberto Enriquez nur zehn Tage vor Fristende wegen der Kandidateneinschreibung an. Sie klagten, man habe bei der parteiinternen Ermittlung der Abgeordneten kandidaten die Parteistatuten missachtet. Der Oberste Gerichtshof, der bekanntermaßen unter Regierungseinfluss steht, entschied in überraschend kurzer Zeit zugunsten der Kläger. Er stellte allerdings nicht nur eine Verletzung der Parteistatuten fest, sondern setzte eine neue Parteiführung ein, obwohl dies nicht Sache des Gerichtes ist. Die Führung des MUD zog daraufhin die Notbremse und schloss die COPEI aus dem Wahlprozess aus. Der Schritt wurde damit begründet, dass man den COPEI-Kandidaten nicht mehr trauen könne. Er-

kaufte Fraktionswechsel, wie es sie in der Vergangenheit bereits gegeben hat, möchte man verhindern, so der Koordinator des MUD, Jesús Torrealba, sinngemäß. Währenddessen streiten die alte und die neue Ad-hoc-Führung der COPEI darüber, wer das Sagen in der Partei hat.

Egal wie der parteiinterne Machtkampf ausgeht, so ist das verantwortungslose Handeln der neuen COPEI-Führung so offensichtlich, dass es Fragen aufwirft. Eine Vielzahl von Oppositionspolitikern und Beobachtern der politischen Szene vermutet hinter dem Versuch, über ein politisch vereinnahmtes Gericht einen Führungswechsel einer Mitgliedspartei des MUD zu erwirken, schlichtweg ein Manöver der Regierung, um Unruhe und Misstrauen in den Reihen der Opposition zu säen. Diese Deutung der Vorgänge innerhalb der COPEI mag abenteuerlich klingen, doch sind erkaufte Fraktionswechsel von Abgeordneten und eine damit verbundene Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse im Parlament nicht auszuschließen.

Außenpolitische Ablenkungsmanöver

Im Vorfeld der Wahlen griff die Regierung zu weiteren ungewöhnliche Mitteln, um von der inneren Krise und den bevorstehenden Wahlen abzulenken. Im März 2015 erließ US-Präsident Obama Sanktionen gegen Militärs und hohe Regierungsbeamte Venezuelas mit der Begründung, sie seien für Menschenrechtsverletzungen bei der Niederschlagung der Studentenproteste oder für Veruntreuung staatlicher Gelder verantwortlich. Eingeleitet wurde das Dekret allerdings mit der Feststellung, dass die Situation in Venezuela „eine außergewöhnlichen Bedrohung für die Außenpolitik und nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten“ darstelle. Obwohl sich die Sanktionen gegen einzelne Personen richteten, interpretierte die Regierung sie als einen Angriff auf die staatliche Souveränität. Mit Unterschriftenkampagnen forderte man eine Aufhebung der Sanktio-

VENEZUELA

1. Dezember 2015

www.kas.de/venezuela

nen. Aus Parlamentskreisen erfuhr man, dass nur ein Bruchteil der angeblich über zehn Millionen Unterschriften zusammengetragen wurde. Dessen ungeachtet hielt die Regierung mit Beteiligung von Militär und Sanitätern Rettungsmanöver ab, um mögliche Bombenabwürfe der Vereinigten Staaten in Venezuelas Städten zu simulieren. Das nationale Fernsehen unterlegte die Berichterstattung mit entsprechenden Explosionsgeräuschen, während die Regierung pathosgeladen mit Kriegsrhetorik den nationalen Zusammenhalt und die Unbesiegbarkeit der sozialistischen Revolution beschwor. Obwohl der Vorgang eher an eine schlechte Komödie als an ernstzunehmende Realpolitik erinnerte, konnte die Regierung zumindest für einen Moment den seit vielen Monaten andauernden Popularitätsverlust aufhalten.

Grenzkonflikt mit Guyana

Für autoritäre Regime ist es nicht ungewöhnlich, nationalistische Emotionen gegenüber einer angeblichen außenpolitischen Bedrohung zu erzeugen, um von einer inneren Krise abzulenken. Womöglich war es dieses Kalkül, das Staatspräsident Maduro veranlasste, einen alten Grenzstreit mit dem Nachbarland Guyana wieder mit Leben zu füllen. Als die Regierung in Georgetown ankündigte, man werde in dem auch von Venezuela beanspruchten Gebiet Esequibo Lizenzen zur Ölexploration vergeben, mobilisierte Maduro ein weiteres Mal den Propagandaapparat und machte gegen das Nachbarland Stimmung. Dieses Mal lief sein Manöver ins Leere, da zum einen die Venezolaner zu Guyana nur eine schwach ausgeprägte emotionale Bindung haben und zum anderen selbst das sozialistische „Bruderland“ Kuba wie auch andere von Venezuela abhängige Karibikstaaten Guyana ihre Solidarität aussprachen. Kurioserweise war es Maduros Amtsvorgänger und als „Gigant“ oder „Ewiger Kommandant“ betitelte Hugo Chávez Frías selbst, der einst die Ölförde-

rung in Esequibo durch Guyana befürwortete.

Säbelrasseln mit Kolumbien

Nach Abflauen der Grenzstreitigkeiten mit Guyana folgte ein Konflikt mit Kolumbien. Am 19. August ordnete Maduro die Schließung der Grenzübergänge zu Kolumbien im Bundesstaat Táchira an. Anlass war ein Übergriff einer bewaffneten, kolumbianischen Gruppe auf venezolanische Soldaten. Die Schließung der Grenze, die in den folgenden Monaten auf weitere Bundestaaten ausgeweitet wurde und nach wie vor andauert, dient angeblich der Bekämpfung rechter Paramilitärs und des Schmuggels. Diese Ziele wurden freilich verfehlt. Zum einen ist das Gebiet unübersichtlich und auf beiden Seiten haben staatliche Sicherheitskräfte wenig Kontrolle oder sind mit den Machenschaften der Paramilitärs verquickt. Zum anderen sind es meist venezolanische Generäle und Kommandanten der Nationalgarde, die sich am Schmuggel mit billigen, weil preislich regulierten venezolanischen Waren nach Kolumbien bereichern. Einer Vielzahl von Augenzeugenberichten zufolge laufen die Schmuggelaktivitäten im großen Stil weiter. Während zehn Liter Benzin in Venezuela nicht einmal einen US-Dollarcent (sic!) kosten, erhält man in Kolumbien beim Verkauf eines Liters Benzin etwa einen US-Dollar.

Traumhafte Margen werden allerdings auch mit anderen Gütern des täglichen Bedarfs erzielt, die in Venezuela zwar knapp, aber dank Preis- und Wechselkursbindung bei gleichzeitiger Inflationsrate von über 180 Prozent spottbillig sind. Die Versorgungsnot in Venezuela steigt dadurch unweigerlich. Besonders in der Grenzregion zu Kolumbien nimmt die Lage dramatische Ausmaße an. Die Grenzschießung erfüllte nicht den erhofften Zweck, führte aber dazu, dass über 20.000 Kolumbianer, die meist seit vielen Jahren auf venezolanischer Seite gelebt hatten, vom Militär der Schmugglerei bezichtigt

VENEZUELA

1. Dezember 2015

www.kas.de/venezuela

und vertrieben wurden oder präventiv die Flucht in ihre alte Heimat ergriffen.

Stets an nationalistische Gefühle appellierend vertiefte Präsident Maduro die Krise, indem er in den Grenzgemeinden den Ausnahmezustand ausrief und dem Militär die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung auftrag, die es selbst gefährdete. Es ist wohl kaum ein Zufall, dass ausgerechnet in denjenigen Gemeinden der Ausnahmezustand ausgerufen wurde, in denen die Opposition laut Umfragen einen Erdrutschsieg erwarten kann. Mit der Verhängung des Ausnahmezustands werden wichtige Grundrechte empfindlich eingeschränkt, beispielsweise die Versammlungsfreiheit. Parteien ist es in den betreffenden Gemeinden untersagt, Wahlkampf zu betreiben. Gleichwohl lassen die Militärs die Wahlkämpfer der Regierungspartei PSUV gewähren.

Wahlgeschenke und Stimmenkauf

Die Verteilung von Wahlpräsenten und der Kauf von Stimmen sind in Lateinamerika leider nicht ungewöhnlich. Vergleichsweise scheint sich in Venezuela diese Praxis in den letzten Jahren ins Extreme entwickelt zu haben. Es ist dabei kein Geheimnis, dass die PSUV öffentliche Mittel für Wahlkampfzwecke nutzt. In Venezuela ist die Finanzierung von Parteien und ihren Wahlkämpfen aus öffentlichen Mitteln verboten. Die Parteien sind notorisch arm und auf private Spenden angewiesen. Eine Ausnahme bildet die Regierungspartei, die in ihren Wahlkämpfen ihren Wählern für gewöhnlich üppige Geschenke überreicht, zum Beispiel Haushaltsgeräte, Baumaterial oder Empfänger fürs Kabelfernsehen. Die Not der armen Bevölkerung ist derartig groß, dass die Annahme der für sie kostspieligen Güter nachvollziehbar ist. Der demokratischen Opposition, die nicht über die gleichen Möglichkeiten verfügt, bleibt bei diesem ungleichen Kampf nur die Möglichkeit, die bedürftige Bevölkerung dazu aufzurufen, die Geschenke anzunehmen, jedoch nicht für die PSUV

zu wählen. Ob der Aufruf Wirkung zeigt, darf bezweifelt werden. Die PSUV hat über die Jahre ein ausgeklügeltes System von Stimmeneintreibern aufgebaut, dass die Wähler am Wahltag an getätigte Wahlgeschenke erinnert, sie abholt und zum Wahllokal bis zur Stimmabgabe begleitet. Unterstützer findet die PSUV in den von ihr aufgebauten Gruppen bewaffneter Motorradfahrer, den gefürchteten Colectivos, oder eben jenen sozialistischen Kommunen, die mittel- bis langfristig die Gemeinderäte ersetzen sollen. Wo Gutgläubigkeit nicht ausgenutzt werden kann, hilft sozialer Druck oder die Androhung möglicher Folgen. Den Venezolanern ist in Erinnerung geblieben, dass viele ihren Arbeitsplatz verloren haben, als sie in dem Verfassungsreferendum 2007 gegen den Vorschlag des damaligen Präsidenten Chávez stimmten. Die Abstimmungslisten waren nicht geheim.

Die wirtschaftliche Krise trifft allerdings nicht nur die Bürger, sondern vor allem auch die Regierung hart. Für großartige Wahlgeschenke scheint nicht viel Geld vorhanden zu sein. Auch die Enteignung von Waren in den Geschäften scheint angesichts leerer Lagerhäuser auszufallen. Noch bei den Kommunalwahlen im Dezember 2013 ordnete die Regierung die große Warenhauskette Daka an, ihre Haushaltsgeräte und weiße Ware zum „Precio Justo“, einem „gerechten Preis“ zu verkaufen, der nur einen Bruchteil des handelsüblichen Ladenpreises betrug. Der „Dakazo“ („großer Daka“) sorgte für den entscheidenden Stimmenzuwachs zugunsten der PSUV.

Ungerechtes Wahlsystem

Bei den Parlamentswahlen am 6. Dezember sind die Venezolaner dazu aufgerufen, 167 Volksvertreter für die Nationalversammlung zu wählen. Derzeit hält der Polo Patriótico – das Bündnis regierungstreuer Parteien unter Führung der PSUV – eine verfassungsändernde Mehrheit mit 100 Abgeordneten. Bei den vergangenen Parlamentswahlen errang

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VENEZUELA

1. Dezember 2015

www.kas.de/venezuela

sie allerdings nicht die Stimmenmehrheit im Land. Ermöglicht wird dies durch ungleich große Wahlkreise, gemessen an den registrierten Wählern. Venezuela hat, ähnlich wie Deutschland, ein personalisiertes Verhältniswahlrecht. Ein Teil der Abgeordneten wird als Direktkandidat gewählt, der andere Teil durch eine geschlossene Listenwahl auf Bundesstaatsebene. Drei Abgeordnetenmandate sind indigenen Minderheiten vorbehalten.

Die Wahlkreise mit einer höheren Anzahl von Wählern befinden sich in den urbanen Räumen, während sich kleinere Wahlkreise auf dem Land finden. So kommt es, dass beispielsweise Petare, ein Wahlkreis im Osten von Caracas, mehr als eine halbe Million Wähler hat, während in Delta Amacuro im Orinoco-Delta nur rund 50.000 Wähler einen Abgeordneten stellen. Als der Senat – die zweite Kammer im Parlament – abgeschafft wurde, wurde die Ungleichheit der Wählerstimmengewichtung aufgrund unterschiedlich großer Wahlkreise mit dem Fehlen eines föderativen Korrektivs begründet. Eine angemessene regionale Repräsentation sollte durch Bevorteilung ruraler bzw. kleinerer Wahlkreise gewährleistet werden. Zum Vorteil der PSUV befinden sich jedoch ihre Hochburgen in kleinen Wahlkreisen. Die Opposition ist hingegen in urbanen Zentren des Landes stark, wo die Wahlkreise groß und Stimmen hingegen „weniger wert“ sind.

Experten eines technischen Beraterstabes des MUD haben errechnet, dass bei guter Stimmenverteilung der PSUV womöglich 30 bis 35 Prozent der Stimmen genügen könnten, um die absolute Mehrheit der Mandate zu gewinnen. Obwohl eine landesweite Umfrage des Instituts Datanálisis die Opposition bei rund 63 Prozent und die Regierungspartei bei etwa 28 Prozent der Wählerstimmen sieht, ist ein Wahlsieg nicht gewiss. Angesichts eines ungerechten Wahlsystems, unlauteren Wahlkampfmethoden und ständigen Störmanövern der Regierung bis hin

zu politischer Verfolgung und Repression von Oppositionellen, muss die Opposition mit allem rechnen. Das Misstrauen gegenüber einer Regierungspartei, die zum ersten Mal seit 16 Jahren einen herben Machtverlust fürchten muss, ist berechtigt. Zwei Drittel der Venezolaner misstrauen der Wahlkommission, wohlwissend, dass diese von regierungstreuen Funktionären besetzt ist und die logistische Durchführung der Wahlen dem höchsten Gremium des Militärs obliegt, dem Comando Ejecutivo Operacional (CEO), das von dem Verteidigungsminister und überzeugten Chavist, General Padrino López, in Personalunion geführt wird.

Eine „wahre Opposition“ verwirrt Wähler

Einfallsreichtum hat das Regierungslager bewiesen, als eine „Doppelgänger-Partei“ zum Oppositionsbündnis MUD zur Wahl zugelassen wurde. Der MUD macht gemeinhin von seiner landläufigen Kurzform „Unidad“ Gebrauch und wird auch als solche auf dem Wahlzettel in der linken unteren Ecke dargestellt. Just neben dem Kästchen der „Unidad“ hat die Wahlkommission die „MIN-Unidad“ platziert. Die Kürzel stehen für „Movimiento Integridad Nacional Unidad“. Ursprünglich wurde die Partei 1978 gegründet, jedoch hat der Oberste Gerichtshof am 6. August 2015 die aktuelle Parteispitze abgesetzt und eine neue Führung eingesetzt, von denen einige Mitglieder der Regierung nahestehen. Dank Wahlkampfspenden unbekannter Herkunft kann die Splitterpartei in neun Bundesstaaten antreten. Die MIN-Unidad wählte eine ähnliche Farbe wie der MUD und geht mit dem Motto „Die wahre Opposition“ auf Stimmenfang. Unlängst hat der MUD gegen das Vorgehen der MIN-Unidad beim nationalen Wahlrat CNE protestiert, jedoch war der Versuch ebenso erfolglos wie die Klage darüber, dass in einem Wahlkreis die Kandidaten der MIN-Unidad und der MUD den identischen Namen tragen. Für die Wahlkommission schien es ebenso wenig ein Problem zu sein, dass sich die MIN-Unidad nach Fristende zur Wahl

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VENEZUELA

1. Dezember 2015

www.kas.de/venezuela

eingeschrieben hat. Rafael Delgado, Leiter des Meinungsforschungsinstituts Varianza, geht davon aus, dass der MUD wegen Verwechslungsgefahr bis zu sieben Prozent der Wählerstimmen an den unliebsamen Konkurrenten MIN-Unidad verlieren könnte.

Keine unabhängige internationale Wahlbeobachtung

Angesichts der Herausforderungen, unter diesen Bedingungen allgemeine, geheime, freie und faire Wahlen durchzuführen, wurden Rufe aus dem In- und Ausland nach einer internationalen Wahlbeobachtungsmission immer lauter. Vehement stemmt sich die venezolanische Regierung jedoch gegen unabhängige, internationale Wahlbeobachtermissionen und führt somit die seit Jahren übliche Praxis fort. Dem Vorschlag, die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) oder die Vereinten Nationen die Wahlen beobachten zu lassen, erteilte Staatspräsident Maduro im Juli eine energische Absage. Venezuela „wird nicht überwacht und wird es nie werden“, begründete er seinen Standpunkt. Als sich bei Hintergrundgesprächen in den folgenden Wochen abzeichnete, dass die venezolanische Regierung von ihrer Position nicht abrückt, schrieb der OAS-Generalsekretär im November einen scharf formulierten Brief an die Vorsitzende der venezolanischen Wahlkommission, Tibusay Lucena, in dem er den Vorwahlprozess kritisierte und die CNE zu sauberen Wahlen aufrief.

Während Maduro Wahlbeobachtermissionen der OAS oder UNO als Einmischung in innere Angelegenheiten betrachtet, ist dies im Fall der UNASUR anders. Das südamerikanische Staatenbündnis ist dem Regime in Caracas gegenüber freundlich gesinnt. Als jedoch die UNASUR den brasilianischen Ex-Verteidigungsminister und ehemaligen Vorsitzenden des Obersten Gerichtshof, Nelson Jobim, als Leiter der Mission vorschlug, reagierte die Regierung nicht und erteilte somit eine indirekte Absage. Diese könnte damit

im Zusammenhang stehen, dass das Oberste Wahlgericht Brasiliens, das die Mission technisch vorbereitet hätte, von der venezolanischen Regierung eine Garantie verlangt hatte, die Wahlen „objektiv, unparteiisch und umfassend“ beobachten zu können. Zudem gilt Jobim keineswegs als ideologischer Freund der Regierung in Caracas. Nachdem aus Venezuela keine Antwort erfolgte, zog die brasilianische Seite das Angebot zurück.

Wenig später wurde dann der ehemalige Präsident der Dominikanischen Republik, Leonel Fernández, als Leiter der Wahlbeobachtermission der UNASUR ins Gespräch gebracht. Es ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt offen, ob die Mission durchgeführt wird. In jedem Fall kann in so kurzer Zeit keine umfassende Beobachtermission technisch vorbereitet werden. Vor allem wird es logistisch schwierig sein, Wahlbeobachter in kleine Wahlkreise im Hinterland zu entsenden.

Zur Unterstützung der Opposition haben mehr als hundert Politiker angekündigt, sich am Wahlwochenende in Venezuela aufzuhalten. Meist handelt es sich um Abgeordnete, die dank ihrer diplomatischen Immunität weniger mögliche Repressionen fürchten müssen. Damit ist zumindest internationale Präsenz gewährleistet, auch wenn es sich nicht um offizielle Beobachtermissionen handelt.

Internationale Drogenschmuggler in der Präsidentenfamilie?

Die Nachricht schlug in Venezuela ein wie ein Bombe: zwei Neffen der First Lady Cilia Flores, die schon lange mit Staatspräsident Nicolás Maduro liiert und seit 2013 verheiratet ist, wurden am 11. November von der amerikanischen Anti-Drogenbehörde (DEA) in Haiti bei dem Versuch verhaftet, 800 Kilogramm Kokain in das Zielland USA zu schmuggeln. Die Vereinigten Staaten haben mit Haiti ein Abkommen, das eine schnelle

VENEZUELA

1. Dezember 2015

www.kas.de/venezuela

Auslieferung ermöglicht. Bei den beiden verhafteten Personen handelt es sich um Efraín Antonio Campos Flores, der im Hause Flores-Maduro aufwuchs, und dessen Cousin Francisco Flores de Freitas. US-Drogenfahnder ermittelten schon länger gegen die beiden, die sich für das Geschäft ausgerechnet an einen Kontaktmann der DEA in Honduras wandten, der den Privatjet geschickt nach Haiti lotste. Bei dem Pilot soll es sich um einen aktiven Militär der venezolanischen Luftwaffe gehandelt haben. Allerdings hatte man keine Anklage vorbereitet, weshalb man nur die beiden Neffen Maduros trotz ihrer venezolanischen Diplomatenvpässe festnahm und nach New York ausflog, wo sie dem Richter vorgeführt wurden. Die nächste Verhandlung ist für den 2. Dezember angesetzt. Der Gerichtsjournalist Casto Ocando sagte, die USA ließen den Verweis auf diplomatische Immunität nicht gelten, da die beiden nicht in diplomatischer Mission unterwegs gewesen waren. Wenige Tage später stellten Drogenfahnder in der Dominikanischen Republik in einem Haus und einer Yacht von Francisco Flores de Freitas mindestens weitere 80 Kilogramm Kokain und zehn Kilogramm Heroin sicher.¹

Schon seit langem bezichtigen US-Behörden die venezolanische Regierung der Duldung oder Verwicklung im internationalen Drogenhandel und der Geldwäsche. Bereits im letzten Jahr wurde aus diesem Grund ein

¹ Kurioserweise erfolgten erste Hinweise auf den Skandal um die Festnahme von Maduros Neffen durch den „Wahrsager“ Misterpopo Celestial, der wöchentliche „Vorhersagungen“ über politische Ereignisse in sozialen Netzwerken verbreitet. Der Name geht auf die Figur „Mr. Popo“ in dem japanischen Comic „Dragonball“ zurück. Die Vorhersagungen von Misterpopo Celestial werden in vielen venezolanischen Medien wiedergegeben und sind vielerorts Gesprächsthema. Die Tatsache, dass einige seiner Aussagen unglaubliche Volltreffer sind, scheint den Verdacht zu stärken, dass möglicherweise an Misterpopo verdeckt Denunzierungen gesendet werden, die nicht fern der Wahrheit sind. Obwohl es absurd klingen mag, so ist es nicht abwegig, dass Misterpopo die Rolle einer Art venezolanischen WikiLeaks einnimmt.

ranghoher Beamter, Hugo „El Pollo“ Carvajal, auf Aruba festgesetzt, als er dort sein neues Amt als venezolanischer Botschafter antreten wollte. Die zuständigen niederländischen Behörden ließen ihn aber laufen, nachdem sie die diplomatische Immunität anerkannten.

Zu Beginn des Jahres 2015 tauchten dann Gerüchte auf, nach denen der Parlamentspräsident Diosdado Cabello Chef des Drogenkartells „Cartel de los Soles“ sein soll. Im Mai ließ die US-Staatsanwaltschaft verlauten, dass sie gegen Cabello in der Sache ermittelt. Cabello selbst beteuert stets seine Unschuld. Unabhängig von der Schuldfrage liegt zumindest eine Mitwisserschaft nahe, denn die US-Küstenwache schätzt, dass über Venezuela jährlich 275 Tonnen Kokain geschmuggelt werden.

Statt Bekämpfung des Drogenhandels steht die Vermutung der Mittäterschaft der venezolanischen Regierungsangehörigen im Raum, so auch im Fall der Präsidentenneffen. Einen Grund lieferte jüngst die spanische Tageszeitung ABC. Mit Verweis auf einen Informanten sollen die Gewinne zur Wahlkampffinanzierung in Venezuela verwendet worden sein. Selbiger Informant soll weitere Angehörige der Präsidentschaftsfamilie beschuldigt haben, regelmäßige Drogenlieferungen mit Unterstützung von Regierungsressourcen organisiert und dafür auch den Präsidentschaftsflughafen am internationalen Flughafen Maiquetía benutzt zu haben.

Ob die unglaublichen Vorwürfen der Wahrheit entsprechen, wird nun ein New Yorker Gericht versuchen herauszufinden. Laut Felix Jimenez, einem ehemaligen ranghohen Mitarbeiter der DEA, sind die Beweise gegen Maduros Neffen überwältigend. Sie sollen sogar bereitwillig Auskunft über die Abwicklung und Verantwortlichen der Drogengeschäfte gegeben haben. Ganz gleich wie das Urteil ausgehen wird, so halten immer mehr Venezolaner die traurigen Vorwürfe, ihre Regierung könnte in den internationalen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VENEZUELA

1. Dezember 2015

www.kas.de/venezuela

Drogenhandel verwickelt sein, für möglich. Die Aussagen aus Regierungskreisen entkräften nicht gerade die Anschuldigungen. Maduro schweigt bisher zu den Vorwürfen, wie auch seine Gattin Cilia Flores. Diosdado Cabello beharrt auf dem Standpunkt, die beiden seien entführt worden. Der chavistische Abgeordnete Freddy Bernal wähnt ein Komplott der USA hinter dem Fall, um der Familie von Cilia Flores zu schaden. Der Abgeordnete Elvis Amoroso, ein enger Vertrauter von Maduro, ließ sich im nationalen Fernsehen gar zu der Aussage hinreißen, dass jeder schon einmal einen derartigen Vorfall in der Familie hatte und man nicht die gesamte Familie für die Tat eines Familienmitglieds beschuldigen könne.

Die Schaffung einer Parallelwelt

Die Medienlandschaft Venezuelas ist dabei geprägt von Zensur, Selbstzensur und Repression gegenüber Journalisten, die nicht frei berichten können, sowie einer Situation, in der sich vor allem die Politiker auch innerhalb des eigenen Lagers wenig Vertrauen entgegenbringen und sich gegenseitig denunzieren. Die politische Kultur wird beherrscht von permanenter Dauerpropaganda der Regierung, mit der sie bewusst Desinformation betreibt. Noch nie befand sich das Land in einer so schweren wirtschaftlichen und sozialen Krise. Die Regierung fühlt sich nicht nur nicht verantwortlich, sondern leugnet die Krise vielmehr. Es kann sich nur um Realitätsverlust oder Zynismus handeln, wenn eine Regierung, die seit über 16 Jahren im Amt ist, sich in keiner Weise für das Leid der eigenen Bevölkerung verantwortlich zeigt. Seit Jahren arbeitet die Regierung daran, Wahrheiten zu verschleiern, in dem sie Statistiken fälscht oder schlichtweg nicht veröffentlicht. Bestes Beispiel sind die Inflationsszahlen, die seit 11 Monaten nicht mehr von der Zentralbank bekanntgegeben werden. Ebenso wenig werden Zahlen und Daten über die Gewaltkriminalität, Ausbreitungen von Krankheiten oder die Wasserqualität veröffentlicht. Seit nunmehr weit über

einem Jahr wähnt sich die Regierung in einem „Guerra Económica“, einem Wirtschaftskrieg, angeblich angeführt von dem „Imperium“ der Vereinigten Staaten mit dem Ziel, die sozialistische Revolution in Venezuela zu vernichten. Es werden rhetorische und mediale Parallelwelten aufgebaut, die gebetsmühlenartig wiederholt werden.

Anstatt sich um Amtsgeschäfte zu kümmern und das erdöreiche Land anständig zu verwalten, verschwendet Präsident Maduro unglaublich viel Zeit damit, seinen Landsleuten ein anderes Bild von Venezuela weismachen zu wollen, das allerdings nicht der Realität entspricht. Mal weiht er Häuser des sozialen Wohnungsbaus, mal eine Schule oder einen Autobahnknoten ein, nicht ohne den Verweis, die sozialistische Revolution habe diesen Fortschritt gebracht. Währenddessen bricht im Land die verbleibende Infrastruktur zusammen: Stromausfälle und Unterbrechungen der Wasserversorgung sind landesweit an der Tagesordnung. Es fehlt an Chlor um das kontaminierte Frischwasser zu reinigen. Die zum Verkauf stehenden 20-Liter-Kanister sind ebenfalls oft verunreinigt und Trinkwasser im Supermarkt ist rar. Es fehlt immer öfter an Ersatzteilen für Autos oder allerlei Gerätschaften. Die Supermarktregale werden stetig leerer, was auf staatlich verordnete Preisbindungen zurückgeht, die unterhalb der Produktionskosten liegen. So verursachte der kürzlich erfolgte Beschluss, nach dem eine Palette Eier nur noch die Hälfte bzw. ein Drittel des sonst gängigen Ladenpreises kosten darf, dass in nur wenigen Tagen die Eier aus den Supermärkten verschwanden und seither nur auf dem Schwarzmarkt erhältlich sind.

Die Wirtschaft wird vollends vernachlässigt. Enteignete Betriebe mussten schließen oder sind unproduktiv. Die nationale Produktion sinkt stetig, Entlassungen oder vorübergehende Beurlaubungen sind die Folge. Der staatliche Ölgigant PDVSA, einst eines der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VENEZUELA

1. Dezember 2015

www.kas.de/venezuela

größten Erdölunternehmen der Welt, ist von der Regierung finanziell geschröpft worden und soll nahe der Pleite stehen. Laut Aussage eines Vorstandsvorsitzenden einer Privatbank stehen die staatlichen Banken, auf die rund 40 Prozent der Marktanteile im Bankensektor entfallen, kurz vor dem Bankrott. Die sozialen Proteste nehmen zu, vor allem wegen der fehlenden öffentlichen Sicherheit. Lynchmorde an Personen, die des Raubes oder Diebstahls bezichtigt werden, sind nicht ungewöhnlich. Entführungen sind alltäglich und werden oft von kriminellen Banden verübt, die ihre Basis in so genannten „Friedenszonen“ haben. Dabei handelt es sich um Zonen, aus denen sich die Polizei überwiegend zurückgezogen hat und im Gegenzug mittels sozialer Projekte ein sozialer Frieden geschaffen werden sollte. Folge war jedoch Anarchie, eine Verwahrlosung der Zonen und verstärkte Aktivitäten organisierter Kriminalität.

„Sozialismus des 21. Jahrhundert“ produziert Armut und Auswanderung

Immer weniger Venezolaner lassen sich jedoch durch die Propaganda beirren, da sich für die meisten die Lebensqualität schlichtweg verschlechtert hat. Die Mär vom „Sozialismus des 21. Jahrhundert,“ der mehr einem pervertierten Assistenzialismus als einem klar definierten, sozialistischen Entwicklungs- oder Staatsmodell entspricht, findet immer weniger Fürsprecher. Dafür ist die Krise für die große Mehrheit der Venezolaner zu hart und zu allgegenwärtig, als dass man sie leugnen könnte.

Es wirkt geradezu surreal, wenn Maduro von Wachstum, Wohlstand, Frieden und Entwicklung spricht, während das Land in Anarchie versinkt. Bei einer Rede vor der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf behauptete der venezolanische Präsident gar, man habe die Armut in Venezuela reduziert und schütze Demokratie wie Menschenrechte.

Heutzutage darf mit Fug und Recht behauptet werden, dass das chavistische Projekt des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ gescheitert ist. Alle Ziele, die man sich auf die roten Fahnen schrieb, wurden verfehlt. Laut einer Studie der Katholischen Universität Andres Bello (UCAB) gibt es heute mehr Menschen in Armut bzw. extremer Armut als zum Zeitpunkt des Amtsantritts von Hugo Chávez. Die Korruption ist endemisch, die Unsicherheit allgegenwärtig. Die Mordraten übersteigen teilweise die von Ländern mit kriegerischen Konflikten. Aufgrund eines festgesetzten Wechselkurses und der weltweit höchsten Inflation, die maßgeblich auf ein enormes Haushaltsdefizit und eine Geldschwemme des Bolívar zurückzuführen ist, verarmt vor allem die untere wie auch die Mittelschicht. Schätzungsweise haben 1,5 bis zwei Millionen, zumeist gut ausgebildete, junge Venezolaner das Land verlassen – Tendenz steigend.

Das Land ist ungleicher denn je. Es ist ein zehnfacher Mindestlohn notwendig, um eine Familie zu ernähren. Rechnet man den monatlichen Mindestlohn nach dem Schwarzmarktkurs um, so beträgt dieser um die zehn US-Dollar. Außer Erdöl wird im Land immer weniger produziert, da entweder die Betriebe Opfer der Krise und des Systems fester Preisbindungen sind oder sich die wirtschaftlichen Aktivitäten auf Geschäfte konzentrieren, die Gewinne aus der Differenz zwischen festem Wechselkurs und Schwarzmarktkurs schöpfen. Besonders Günstlinge der Regierung, die Zugang zum Dollar mit Präferenzkurs haben, erzielen unsittliche Gewinne. Während die Mehrheit der Bevölkerung in die Armut abdriftet, lebt eine kleine Schicht in Saus und Braus.

Einst ist der Chavismus mit der Agenda angetreten, Venezuela von dem angeblichen Joch des internationalen Finanzkapitalismus unter der Führung der USA zu befreien. Seit 16 Jahren bedient sich die chavistische Regierung hierfür ihres Vorbildes, dem des la-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VENEZUELA

1. Dezember 2015

www.kas.de/venezuela

teinamerikanischen Freiheitskämpfers Simón Bolívar, dessen Wirken sie historisch verklärt. Statt Unabhängigkeit hat der Chavismus jedoch Venezuela mehr denn je in die Abhängigkeit anderer Länder geführt: nur statt an den USA oder am Internationalen Währungsfonds hängt Caracas' Zukunft nun am Finanztropf von China, das Venezuela im Jahr 2015 mit zwei Milliardenkrediten vermutlich vor dem internationalen Zahlungsausfall gerettet hat.

Chavismus verliert an emotionaler Bindung

Vor dem Hintergrund der dramatischen Krise gerät Präsident Maduro paradoxerweise zum besten Wahlkämpfer der Opposition. Die gesellschaftliche Realität lässt ihn zusehends unglaubwürdiger erscheinen. Das Regierungslager findet ihre Anhänger am ehesten bei denjenigen Leuten, die in direkter Abhängigkeit des Systems stehen. Meist handelt es sich um Angestellte und Beamte im überbordenden Staatsapparat, deren Stimmabgabe man zurückverfolgen könnte, sowie um Günstlinge im staatlichen Verteilungssystem von Waren oder um die bildungsferne, meist rurale Bevölkerung der Peripherie.

Einst glühende Anhänger des Revolutionsführers Chávez kehren der PSUV heute enttäuscht den Rücken zu, nicht selten mit dem Verweis, Maduro habe die Revolution verraten. Der Chavismus stellt sich heute nicht mehr als ein einheitlicher Block dar. Mit Bildern und Reden versucht die PSUV den Geist von Hugo Chávez wiederzubeleben. Doch von der früheren Dynamik einer linken Bewegung, die die Bevölkerung mitreißt und emotionalisiert, ist kaum etwas zu spüren. Mehr denn je hat sich die Führungsriege der PSUV von der Bevölkerung entfernt. Am ehesten manifestiert sich dies durch Nachrichten von Veruntreuungen staatlicher Mittel durch Regierungsmitglieder oder eben durch jenen Skandal um die Neffen von Präsident Maduro. So erklärt

sich nicht nur die Nervosität der Regierung angesichts einer drohenden Niederlage, sondern auch die Vielzahl unlauterer Hindernisse und Manöver, die einen Wahlsieg der Opposition unterlaufen sollen.

Ungewisser Wahlausgang

Einerseits deuten Umfrageergebnisse auf einen Erdrutschsieg der Opposition hin, andererseits bevorteilt das Wahlsystem die Regierungspartei. Zudem erwarten viele Beobachter einen Wahlbetrug durch die Regierung. Sollte die Opposition gewinnen, können sich die wenigsten einen geordneten Machtwechsel im Parlament vorstellen. Möglicherweise wird noch im Monat Dezember, bevor sich die neue Nationalversammlung konstituiert, die chavistische Mehrheit genutzt, um eine Reihe von Gesetzen zu verabschieden, die die Macht der Regierung stärken und Kompetenzen des Parlaments beschneiden. Andere Gesetzesinitiativen könnten auf eine verstärkte Kontrolle der Zivilgesellschaft abzielen. In diesem Zusammenhang kann auch die Verabschiedung eines sich bereits in zweiter Lesung befindenden Gesetzes über die Internationale Kooperation stehen. Demzufolge müssen bi- und multilaterale Mittel der Entwicklungszusammenarbeit in einem staatlichen Fonds zugeführt werden, über dessen Verwendung nicht die jeweiligen Organisationen, sondern der venezolanische Staat entscheiden soll.

Im besten Fall ist bei einem Wahlsieg der Opposition „lediglich“ mit einer institutionellen Auseinandersetzung zwischen Parlament und Regierung zu rechnen. Eine besorgniserregendere Entwicklung darf hingegen erwartet werden, wenn Präsident Maduro seine Drohungen wahr macht, und im Fall einer Niederlage „mit dem Volk auf die Straße“ geht oder das angekündigte „Chaos“ anzettelt. Zu seiner Interpretation von „Volk“ dürfte auch das Militär zählen, da die „zivil-militärische Einheit“ in jeder Rede Erwähnung findet. Das Militär scheint gerüstet zu sein: auf dem leicht zugänglichen Kasernengelände des Fuerte Tiuna in Caracas stehen mehr als zwei Dutzend neu erworbene Wasserwerfer und Schützenpanzer be-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VENEZUELA

1. Dezember 2015

www.kas.de/venezuela

reit, die sich zur Niederschlagung von möglichen Protesten eignen.

Sollte die Regierungspartei die Parlamentswahlen gewinnen, so hängt viel davon ab, wie sich der MUD verhält. Sollte wider Erwarten ein fair erkämpfter Wahlsieg der PSUV erfolgen, so wird sich der MUD zwangsläufig fügen müssen. Sollte es evidente Anzeichen eines Wahlbetrugs geben, so stellt sich für den MUD erneut die Frage, ob sie weiterhin die Strategie eines elektoralen Wandels verfolgen soll oder angesichts eines Regimes, das nie nach demokratischen Spielregeln spielt, zum Aufruf von Massendemonstrationen gezwungen wird. Bisher haben sich die moderaten Kräfte im Oppositionsbündnis durchgesetzt. Bereits bei der Präsidentschaftswahl 2013 wurde ein Wahlbetrug vermutet. Zu Beginn hinterfragte der Maduro unterlegene Präsidentschaftskandidat Capriles das Wahlergebnis, akzeptierte es jedoch letztlich. Sollte er erneut ein Ergebnis akzeptieren, das durch Betrug zustande gekommen ist, könnte möglicherweise seine Glaubwürdigkeit innerhalb der Opposition auf dem Spiel stehen. Für die Zukunft des Oppositionsbündnisses sind die bevorstehenden Wahlen sicherlich wegweisend.

Eine weitere Option, die in den letzten Monaten immer öfter diskutiert wurde, wäre ein sogenannter „Dritter Weg“. Dabei geht es um die Überlegung, dass moderate Kräfte der Regierung und des Militärs in Abstimmung mit moderaten Kräften der Opposition eine Übergangsregierung installieren und Neuwahlen ausrufen. Es ist zu erwarten, dass ein solcher Weg unter Führung einflussreicher Militärs eingeschlagen wird. Ob, wie und wann ein „Dritter Weg“ eingeleitet werden kann, ist völlig offen und vorerst nur eine theoretische Option.

Abgesehen davon, würde sich der Opposition im nächsten Jahr die Möglichkeit bieten, ein Abwahlreferendum gegen Maduro einzuleiten. Ein Abwahlreferendum kann gestellt werden, nachdem der Präsident die Hälfte seiner Amtszeit zurückgelegt hat. Ob das vor dem Hintergrund der politischen Situation in Venezuela ein gangbarer Weg mit einer fairen Chance für die Opposition wäre,

bleibt fraglich. Bereits 2004 hatte die Opposition ein Abwahlreferendum gegen Chávez initiiert und verloren.

Venezuela blickt in eine ungewisse Zukunft. Ganz gleich, welchen politischen Weg das Land einschlägt, muss es eine historische wirtschaftliche Krise meistern. Eine schnelle Erholung der Wirtschaft ist nicht zu erwarten und somit wird die politische Situation bis auf weiteres von Fragilität gekennzeichnet sein.